

## **Junge Wirtschaft: Konjunkturbarometer Juli 2013**

## **Trend: Schleichende Stimmungsverschlechterung bei Jungunternehmern**

Die aktuelle Legislaturperiode geht zu Ende und die Nationalratswahl steht vor der Tür. Die Junge Wirtschaft nimmt das zum Anlass, einen Blick auf die Entwicklung der Grundstimmung der heimischen Jungunternehmer in den letzten Jahren (seit Mitte 2009) zu werfen. Zu diesem Zweck hat das market Institut im Auftrag der Jungen Wirtschaft 1.200 Jungunternehmer befragt. Im Zuge der Erhebung haben sie ihre Einschätzung zur Entwicklung der österreichischen Wirtschaft in den kommenden Monaten abgegeben.

Der Vergleich der letzten Jahre zeigt sehr deutlich: Die Jungunternehmer wurden kontinuierlich pessimistischer und weniger optimistisch im Hinblick auf ihre Grundstimmung. Diese Entwicklung setzt sich auch in den aktuellen Umfrageergebnissen fort. „Im Krisenjahr und zu Beginn der Legislaturperiode hatten viele Jungunternehmer Hoffnung auf eine Verbesserung und die Grundstimmung war tendenziell positiv. Vier Jahre später folgt die Ernüchterung. Die frühere ‚Optimismustankstelle‘ Jungunternehmer ist wesentlich pessimistischer geworden“, analysiert Markus Roth, Bundesvorsitzender der Jungen Wirtschaft. Der absolute Tiefpunkt wurde dabei Ende 2011 erreicht. Hauptverantwortlich dafür

sind die geringe Dynamik und der fehlende Reformeifer bei wichtigen Zukunftsthemen von Seiten der Politik. „Diese Untätigkeit in vielen zentralen Bereichen macht sich mittelfristig auch bei den Jungunternehmern bemerkbar. Wir haben es deshalb im Vergleich zu 2009 mit einer schleichenden Stimmungsverschlechterung zu tun“, so Roth weiter.

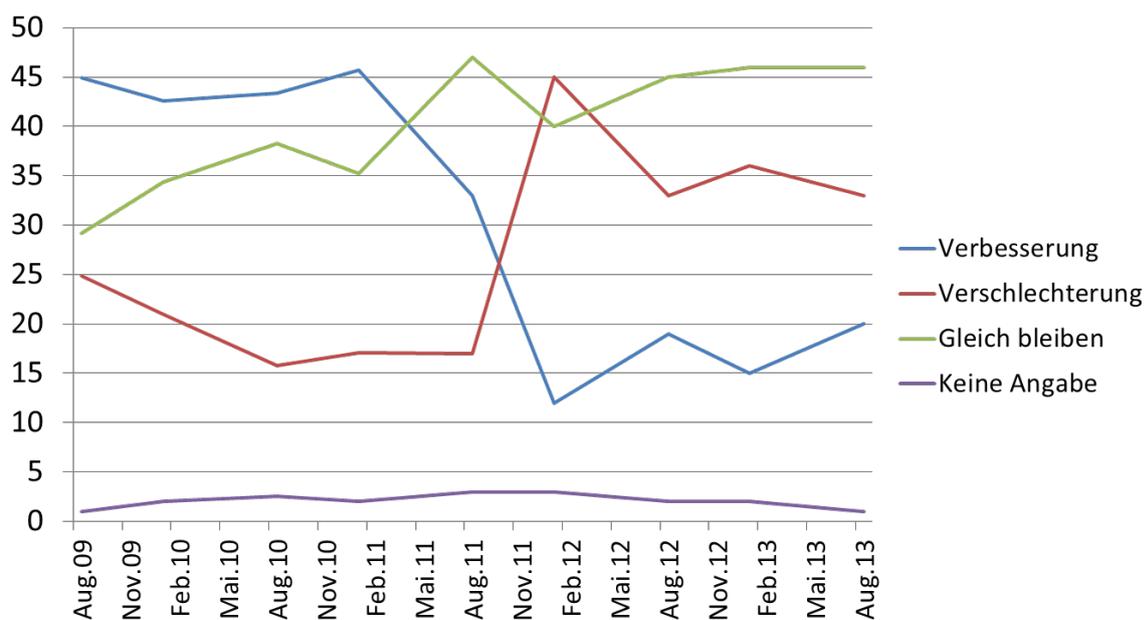
## **Die wichtigsten Konjunkturdaten**

### **Schleichende Stimmungsverschlechterung seit 2009**

Im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung hat sich die Einschätzung mit Rückblick auf die letzten Jahre schrittweise verändert. Aktuell glauben 20 Prozent, dass sich die wirtschaftliche Situation verbessern wird (Jänner 2013: 15%). In den letzten vier Jahren ist dieser Wert kontinuierlich gesunken. So blickten Mitte 2009 noch 44,9 Prozent positiv in die Zukunft. Den absoluten Tiefpunkt erreichte der Wert zwar Ende 2011. Seitdem hat sich die positive Einschätzung geringfügig nach oben entwickelt, erreicht aber bei Weitem nicht jenes Niveau von Mitte 2009. Von einer Verschlechterung gingen lange Zeit wenige Befragte aus (August 2009: 24,9%). Momentan rechnen 33 Prozent der Jungunternehmer (Jänner 2013: 36%) in den kommenden Monaten mit einer sich verschlechternden Entwicklung. Etwas weniger als die Hälfte (46%) geht von einer unveränderten Lage aus. Dieser Wert ist im

Laufe der letzten Jahre stark gewachsen (August 2009: 29,2%; Jänner 2013: 46%). „Anhand der Entwicklung bei der Konjunktureinschätzung wird die schleichende Ernüchterung im Vergleich zu vor vier Jahren klar ersichtlich“, kommentiert Roth.

### Einschätzung der Jungunternehmer zur Entwicklung der wirtschaftlichen Lage zwischen 02/2009 und 02/2013



Maximale Schwankungsbreite n=1146 +/- 2,95 Prozent

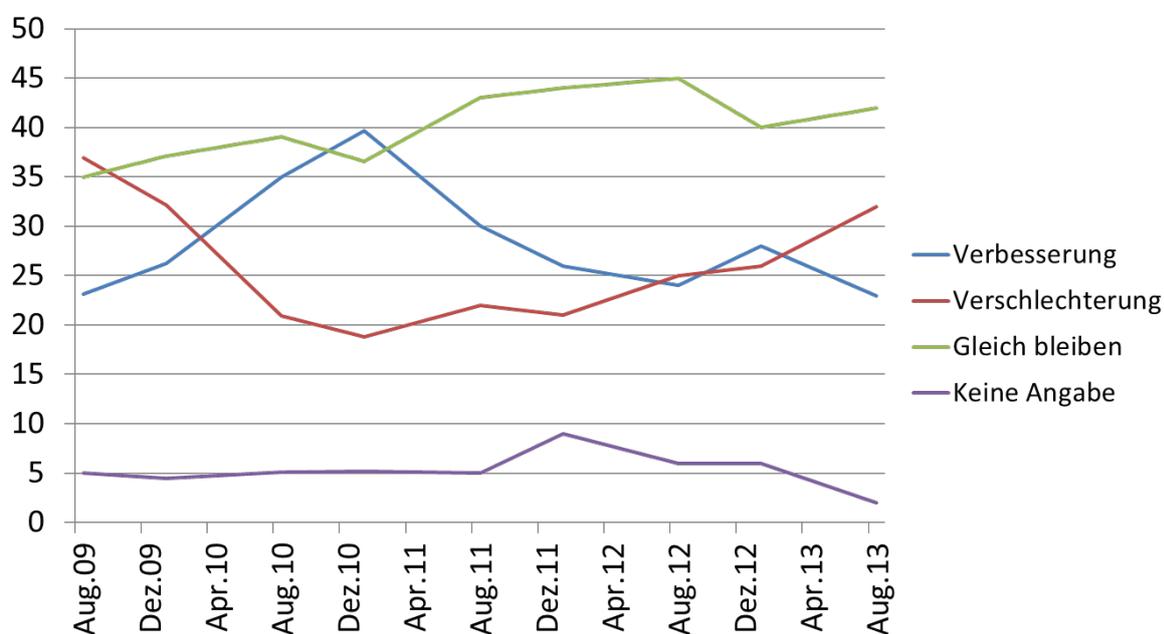
Ergebnisse in Prozent

### Ertragslage zunehmend angespannter

Eine zunehmende Anspannung zeichnet sich bei der Ertragslage ab: Denn 32 Prozent der Jungunternehmer (Jänner 2013: 26%) sehen in den kommenden Monaten eine negative Entwicklung. Seit Jänner 2011 verstärkt sich die negative Erwartung bei der Ertragslage rasant.

Damals waren lediglich 18,8 Prozent dieser Meinung. Eine eher positive Einschätzung teilen im Gegensatz dazu aktuell 23 Prozent (Jänner 2013: 28%). Seit Jänner 2011 (39,7%) ist dieser Wert um rund 17 Prozent kontinuierlich gesunken. Eine große Mehrheit von 42 Prozent (Jänner 2013: 40%) sieht weder eine negative noch eine positive Veränderung und erwartet eine ausgeglichene Ertragslage. Dieser Wert ist im Verlauf der letzten Jahre relativ stabil geblieben.

### Einschätzung der Jungunternehmer zur Entwicklung der Ertragslage zwischen 02/2009 und 02/2013



Maximale Schwankungsbreite n=1146 +/- 2,95 Prozent

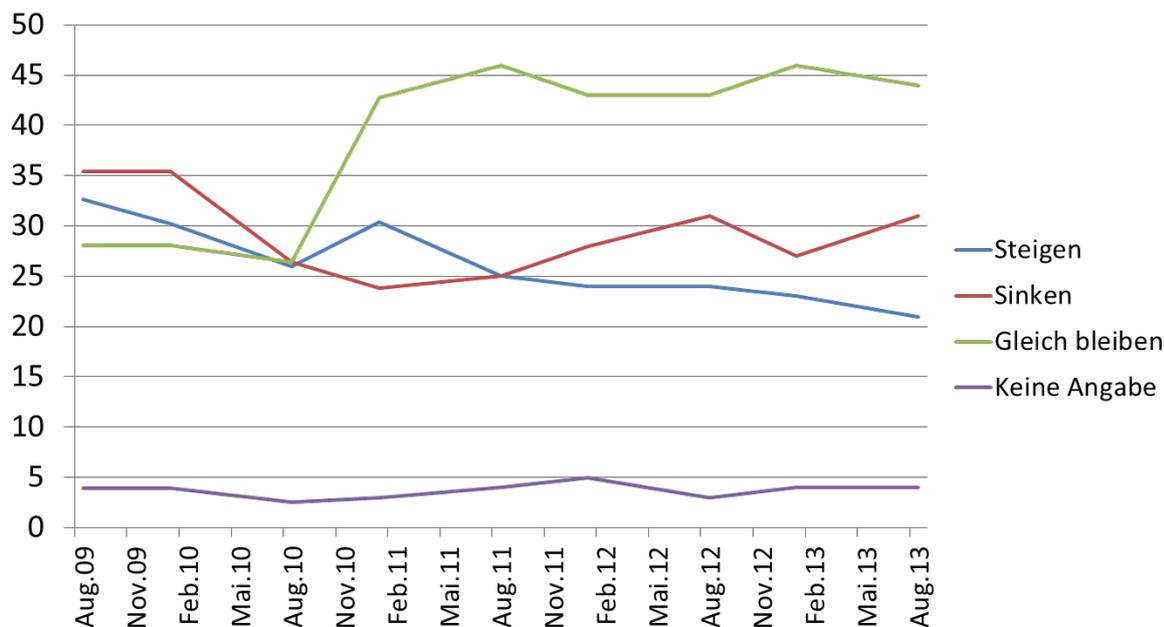
Ergebnisse in Prozent

#### **Vergleich zeigt Trend zu Rückgang bei Investitionsaktivitäten**

Der mehrjährige Vergleich zeigt einen deutlichen Trend: Die heimischen

Jungunternehmer werden bei den geplanten Investitionsaktivitäten immer zurückhaltender. 44 Prozent (Jänner 2013: 46%) geben aktuell an, dass sie ihre Investitionen konstant halten möchten. Zwar bleiben diese damit auf einem hohen Niveau stabil. Jedoch sank der Anteil jener, die ihre Investitionen steigern möchten seit 2009 von 32,6 Prozent auf aktuell 21 Prozent. Das ist der niedrigste Wert seit vier Jahren. Knapp ein Drittel (31 Prozent) der Jungunternehmen plant seine Investitionsaktivitäten überhaupt zurückzufahren. Diese sinkende Bereitschaft zu investieren, macht sich insbesondere seit Anfang 2011 bemerkbar. „Der Rückgang an Investitionsaktivitäten macht umso mehr die Notwendigkeit zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für alternative Finanzierungsformen deutlich. Diese würden die Finanzierung von Investitionen wesentlich erleichtern und die ohnehin angespannte Finanzierungssituation entschärfen“, so Roth.

## Einschätzung der Jungunternehmer zur Entwicklung der Investitionsaktivitäten zwischen 02/2009 und 02/2013.



Maximale Schwankungsbreite n=1146 +/- 2,95 Prozent

Ergebnisse in Prozent

## Jungunternehmer: Klare Erwartungen an neue Regierung, aber wenig Hoffnung auf Umsetzung

**Schuldenabbau, Bildung und Förderung unternehmerischen Denkens, Steuerreform sowie alternative Finanzierungsformen als Topthemen für kommende Regierung**

In einem zweiten Teil hat die Junge Wirtschaft ihre Mitglieder befragt, welche Themen eine neue Bundesregierung angehen muss und was sie sich von dieser erwarten. „Die Jungunternehmer haben klare Erwartungen, aber wenig Hoffnung, dass diese erfüllt und umgesetzt werden“, fasst Roth das Ergebnis zusammen.

Es zeigt sich, dass in dieser

Legislaturperiode offensichtlich zentrale Themen zu wenig angegangen worden sind, was auch den mittelfristigen Trend zu einer pessimistischeren Grundstimmung erklärt. Wenn die Reformdynamik fehlt, werden auch die Jungunternehmer als bisherige „Optimismus-Weltmeister“ eher verhalten.

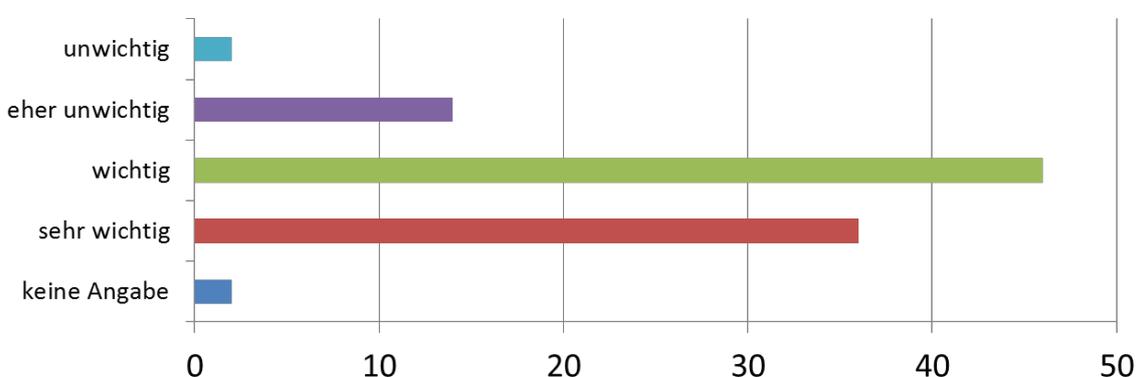
Es besteht daher akuter Handlungsbedarf in zentralen Fragen, um Dynamik und den Optimismus bei der Grundstimmung wiederherzustellen. Die Jungunternehmer haben klare Vorstellungen. Zentrale Themen für eine neue Bundesregierung sind in ihren Augen ein rascher Schuldenabbau, eine leistungsgerechte Steuerreform, Bildung und Förderung von unternehmerischem Denken sowie verbesserte Rahmenbedingungen für alternative Finanzierungsformen.

## **82 Prozent für raschen Schuldenabbau**

Wenn es um die Zukunft Österreichs geht sind sich die Jungunternehmer einig: So sind 82 Prozent der Meinung, dass ein rascher Staatsschuldenabbau für die Zukunft Österreichs „sehr wichtig“ bis „wichtig“ ist. Davon erachten wiederum 97 Prozent den Abbau von Bürokratie als „sehr sinnvolle“ bis „sinnvolle“ Maßnahme um den Schuldenabbau zügig voranzutreiben. Einigkeit herrscht auch über die Sinnhaftigkeit einer grundlegenden Verwaltungsreform. Dieser Meinung sind 97 Prozent. Die Erhöhung bestehender

bzw. die Einführung neuer Steuern ist nur für 7 Prozent ein gangbarer Weg. Im Gegensatz dazu sehen 92 Prozent eine solche Maßnahme als „eher nicht sinnvoll“ bzw. „nicht sinnvoll“ an.

### Rascher Staatsschuldenabbau



Maximale Schwankungsbreite n=1146 +/- 2,95 Prozent

Ergebnisse in Prozent

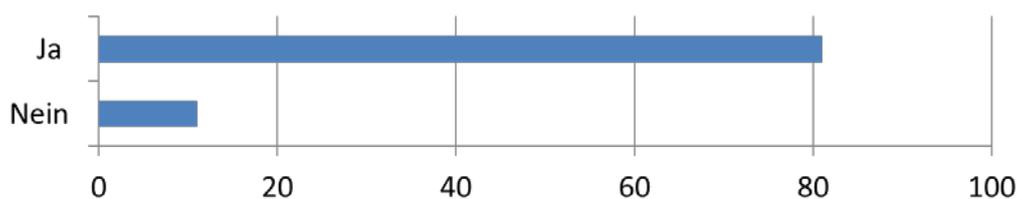
### Mittel für Zukunftsinvestitionen durch Reformen und effiziente Strukturen

Durch einen zügigen Staatsschuldenabbau und Strukturreformen werden finanzielle Mittel frei, damit jene wichtigen Themen von der neuen Bundesregierung angegangen werden können, welche die Jungunternehmer als Toppriorität einstufen. So schaffen Einsparungen in der Verwaltung oder verminderte Zinszahlungen für Schulden, Spielraum für Investitionen in Zukunftsbereiche wie Bildung oder eine Steuerreform, die neue Anreize für zusätzliche Dynamik und Wachstum schafft.

## **Jungunternehmer wollen Steuerreform für leistungsorientiertes Steuersystem**

Auf die Frage, ob die neue Bundesregierung in der kommenden Legislaturperiode eine Steuerreform angehen soll, zeichnet die Umfrage ein klares Bild: 81 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass eine Steuerreform unbedingt erforderlich ist. Nur ein Zehntel (11%) der Jungunternehmer ist anderer Meinung und hält eine solche Reform für nicht notwendig. Damit geben die Befragten einen klaren Auftrag an die neue Bundesregierung. „Schulden runter um eine Steuerreform zu sichern. Aber keinesfalls, Schulden runter durch Erhöhung bzw. Einführung neuer Steuern. Sinnvolles Wirtschaften ist hier gefragt“, betont Roth.

**Notwendigkeit einer Steuerreform**



Maximale Schwankungsbreite n=1146 +/- 2,95 Prozent

Ergebnisse in Prozent

## **Senkung von Lohnnebenkosten und Einkommenssteuer**

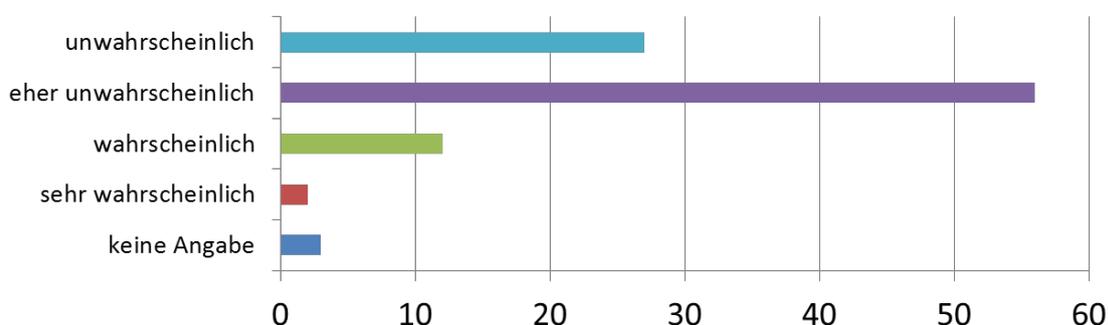
Die Befürworter der Steuerreform fordern insbesondere eine Entlastung des Faktors „Arbeit“. So sind 72 Prozent „auf jeden Fall“ bzw. 21 Prozent „eher schon“ für eine Senkung der Lohnnebenkosten. Lediglich 4 Prozent sehen dafür eher keine

Notwendigkeit. 85 Prozent sind der Ansicht, dass eine Senkung der Einkommenssteuer im Rahmen der Steuerreform „auf jeden Fall“ bis „eher schon“ umgesetzt werden sollte. Darüber hinaus sprechen sich 78 Prozent für Steuerbegünstigungen bei Investitionen in Start-Ups aus.

### Umsetzung der Steuerreform – Jungunternehmer sind skeptisch

Trotz der Wichtigkeit einer solchen Steuerreform sind die Jungunternehmer skeptisch, dass diese durch die neue Bundesregierung in der kommenden Legislaturperiode auch umgesetzt wird. Nur 14 Prozent rechnen „sehr wahrscheinlich“ bzw. „eher wahrscheinlich“ mit einer raschen Umsetzung der Steuerreform. Demgegenüber schätzen 83 Prozent eine solche Maßnahme als „eher unwahrscheinlich“ bzw. „unwahrscheinlich“ ein.

#### Umsetzung durch neue Regierung



Maximale Schwankungsbreite n=1146 +/- 2,95 Prozent

Ergebnisse in Prozent

## **Bildung als DAS Zukunftsthema**

Die Befragten sind nicht nur der Meinung, dass eine Steuerreform erforderlich ist. Im Hinblick auf den Nutzen für zukünftige Generationen sehen Jungunternehmer insbesondere die Bildung als zentrales Thema für die neue Bundesregierung. Das zeigt sich bei der Frage nach Investitionen im Bildungsbereich: 96 Prozent der Befragten halten diese für „sehr sinnvolle“ bzw. „sinnvolle“ Maßnahmen. Weitere 93 Prozent sprechen Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie in eine Stärkung der Kooperation zwischen Bildung und Wirtschaft einen Mehrwert für zukünftige Generationen zu.

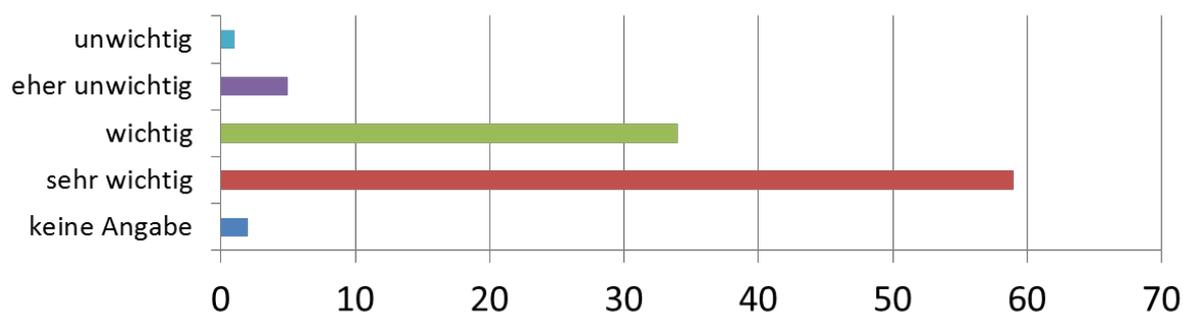
## **Förderung von mehr unternehmerischem Denken bei Kindern als zentrales Anliegen**

Im Zusammenhang mit der Bildung sehen 93 Prozent der Befragten die Förderung von mehr unternehmerischem Denken bei Kindern als „sehr wichtige“ bis „wichtige“ Maßnahme für die Zukunftsfähigkeit Österreichs als Wirtschaftsstandort. Lediglich 6 Prozent erachten die Förderung von mehr unternehmerischem Denken bei Kindern als „eher unwichtig“ bis „unwichtig“.

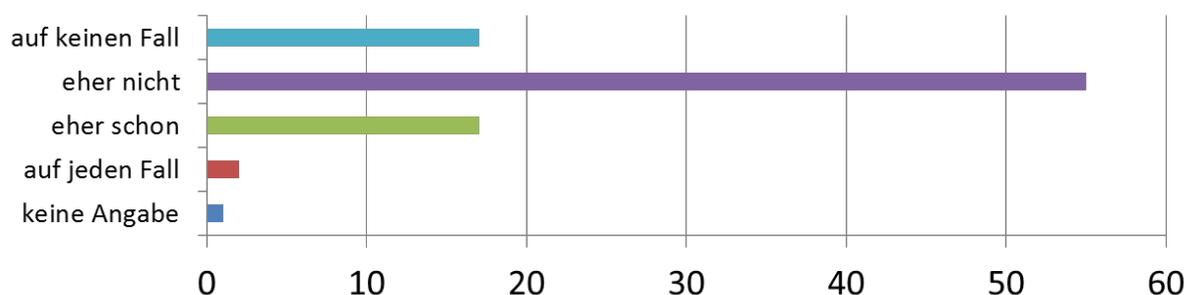
Die befragten Jungunternehmer sehen in diesem Bereich starken Handlungsbedarf: Auf die Frage, ob unternehmerisches Denken in Österreich bislang ausreichend gefördert wurde, antworten 84 Prozent mit „eher nicht“ bis „auf keinen Fall“. 12 Prozent sind gegenteiliger Meinung. Von jenen, die hier keine bis kaum Aktivitäten

sehen, schlagen 85 Prozent eine verstärkte „Entrepreneurship Education“ in der Ausbildung von Lehrkräften als eine konkrete Maßnahme vor, um unternehmerisches Denken bei Kindern zu fördern. Außerdem halten 90 Prozent der Befragten die Einrichtung kleiner, von Jugendlichen geführten, Unternehmen („Junior Companies“) für einen sinnvollen Ansatz. Für mehr unternehmerische Ausbildung und der Förderung von finanzieller Allgemeinbildung in Schulen, sprechen sich jeweils 90 Prozent der befragten Unternehmer aus. „Das Bewusstsein für Selbstständigkeit muss bereits im frühen Alter gestärkt und als attraktive Alternative zum Dienstverhältnis angeboten werden“, so Roth. Außerdem hätte eine erhöhte finanzielle Allgemeinbildung („financial literacy“) einen besseren Umgang der Jugendlichen mit Geld- und Finanzfragen zur Folge.

## Förderung von mehr unternehmerischem Denken



## Ausreichende Förderung von unternehmerischem Denken in Österreich bisher



Maximale Schwankungsbreite n=1146 +/- 2,95 Prozent

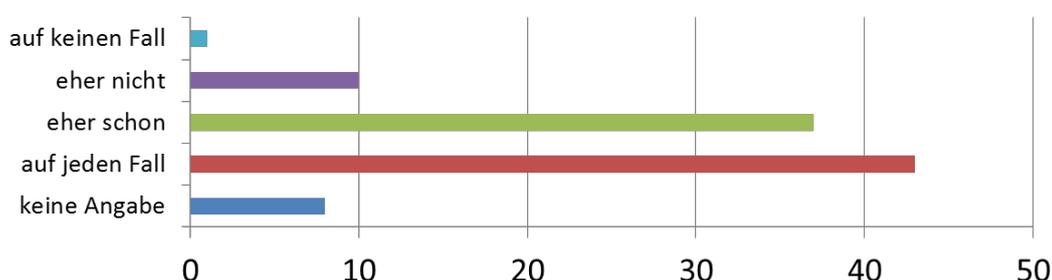
Ergebnisse in Prozent

### **80 Prozent wollen Verbesserung der Rahmenbedingungen für alternative Finanzierungsformen**

Durch diese Förderung von mehr unternehmerischem Denken entsteht wiederum neues Potenzial für Ideen und junge Unternehmensprojekte. Um dieses Potenzial nützen zu können, braucht es ein Sprungbrett. Dieses Sprungbrett ist in erster Linie die Finanzierung, denn ohne diese geht nichts. Bereits heute stehen Jungunternehmer einer verschärften Finanzierungssituation gegenüber. Die Rahmenbedingungen müssen verbessert werden. Das hilft bereits bestehenden als auch zukünftigen Unternehmen. Deshalb sieht eine überwältigende Mehrheit der Befragten dies als eine klare Toppriorität der nächsten Bundesregierung. 80 Prozent wollen von der neuen Regierung Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für alternative Finanzierungsformen sehen. „Das zeigt, wie drängend diese Frage für die heimischen

Jungunternehmer ist. Die Politik muss rasch handeln und Rahmenbedingungen verbessern“, so Roth.

## Notwendigkeit zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für alternative Finanzierungsformen



Maximale Schwankungsbreite n=1146 +/- 2,95 Prozent

Ergebnisse in Prozent

### Zahlreiche Maßnahmen vorstellbar

Von jenen, die sich für bessere Rahmenbedingungen aussprechen, befürworten 85 Prozent eine Änderung des Bankwesen-Gesetzes. Nach aktueller Rechtslage ist es als Unternehmer nicht möglich, bei Freunden, Bekannten und Projektinteressierten Geld zu sammeln um realwirtschaftliche Investitionen zu tätigen. 85 Prozent sehen eine Änderung des Bankwesen-Gesetzes als eine „sehr sinnvolle“ bzw. „sinnvolle“ Maßnahme an. Lediglich 11 Prozent sind gegenteiliger Meinung. Ebenfalls 85 Prozent unterstützen eine Verbesserung der aktuellen Rahmenbedingungen durch die Schaffung von Steueranreizen für Investitionen in Start-Ups. Eine große

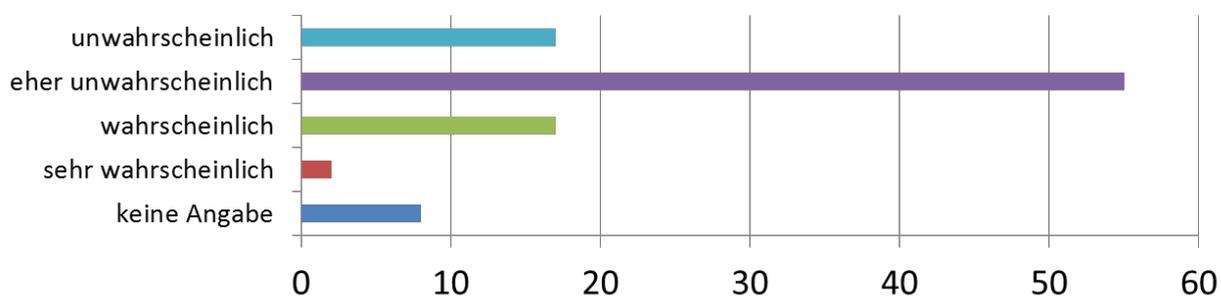
Mehrheit von 84 Prozent tritt für die Einführung eines Beteiligungsfreibetrags von bis zu 50.000 Euro bei Investitionen in Unternehmen ein.

### Große Skepsis im Hinblick auf Umsetzung

Bei der Umsetzung durch die neue Bundesregierung macht sich bei den Befragten Skepsis breit: Nur 19 Prozent halten eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für „sehr wahrscheinlich“ bis „wahrscheinlich“. Hingegen sind rund drei Viertel der klaren Ansicht, dass eine derartige Umsetzung „eher unwahrscheinlich“ bis „unwahrscheinlich“ ist.

Gerade beim wichtigen Unternehmensthema Finanzierung haben die Jungunternehmer nur geringes Vertrauen in eine neue Bundesregierung, wenn es um die Umsetzung der dringend notwendigen Maßnahmen geht.

### Umsetzung durch neue Regierung



Maximale Schwankungsbreite n=1146 +/- 2,95 Prozent

Ergebnisse in Prozent

## **Forderungen der Jungen Wirtschaft**

Die Jungunternehmer haben an eine neue Bundesregierung den klaren Auftrag, die wirklichen Zukunftsthemen anzugehen. Diese werden entscheidend für die Entwicklung des heimischen Wirtschafts- und Lebensstandorts sein.

### **Rascher Schuldenabbau**

Die Schulden müssen mit Hilfe einer Ausgabensenkung rasch abgebaut werden. Jährliche Zinszahlungen, ein reformbedürftiges Pensionssystem und die bestehenden, ineffizienten Verwaltungsstrukturen belasten die zukünftigen Generationen. Dort werden Milliarden Euro gebunden, die stattdessen für Investitionen in die Zukunft genutzt werden können. „Ohne den Abbau des heimischen Schuldenbergs riskieren wir vorsätzlich das Zukunftspotenzial der jungen Generation“, betont Roth. Der Auftrag ist klar. „Die neue Regierung muss Maßnahmen zu einem raschen Schuldenabbau setzen. Dazu gehören eine umfassende Verwaltungs- und Pensionsreform“, fordert der JW-Bundesvorsitzende.

### **Steuerreform für ein leistungsorientiertes Steuersystem**

Das momentane Steuersystem in Österreich bietet kaum Anreize für

Leistungsträger. Es ist daher dringend notwendig, dass nach der Wahl rasch ein Steuersystem geschaffen wird, in dem sich Leistung lohnt. „Im Moment gleicht es eher einer Einladung zur Hängematte. Die neue Bundesregierung muss rasch eine Steuerreform umsetzen, die für mehr Leistungsgerechtigkeit sorgt“, unterstreicht Roth.

### **Förderung von mehr unternehmerischem Denken**

In Österreich wird unternehmerisches Denken bei Kindern kaum gefördert. Die Jugend von heute sind potenzielle Unternehmer von morgen. Daher ist es wichtig, unternehmerisches Denken und finanzielle Allgemeinbildung bereits früh zu fördern. „Noch fehlt das Bewusstsein, für die Selbstständigkeit in Schulen. Für die meisten ist Selbstständigkeit keine Option. Dadurch geht wertvolles unternehmerisches Potenzial verloren. Die neue Bundesregierung ist daher gefordert konkrete Maßnahmen zur besseren Förderung des unternehmerischen Denkens bei jungen Menschen zu ergreifen“, betont Roth.

### **Rahmenbedingungen für alternative Finanzierungsformen verbessern: Prospektpflichtgrenze erhöhen, Bankwesen-Gesetz ändern**

Kurz vor der Sommerpause hat der Nationalrat die Anhebung der Prospektpflichtgrenze von 100.000 Euro auf 250.000 Euro beschlossen. „Damit ist ein erster wichtiger Schritt im Bereich des Crowdfunding gelungen. Trotzdem fordern wir von der neuen

Bundesregierung eine ambitioniertere Regelung“, so Roth. Das Advisory Board der Jungen Wirtschaft hat dazu einen klaren Vorschlag erarbeitet. „Wir brauchen eine Anhebung der Prospektpflicht auf 5 Millionen Euro. Ab 500.000 Euro sollen stufenweise Informationspflichten zum Tragen kommen, die vom jeweiligen Projektvolumen abhängig sind. Erst dann kann das volle Potenzial von Crowdfunding genutzt werden. Die momentane Lösung ist ein Zwischenschritt“, stellt der JW-Bundesvorsitzende klar.

Eine weitere zentrale Forderung an die neue Bundesregierung ist die Änderung des Einlagebegriffs im Bankwesen-Gesetz. „Es muss für Unternehmen möglich sein, von Freunden, Familie oder Interessierten Geld für Investitionen zu sammeln, wenn diese einem realwirtschaftlichen Zweck dienen“, fordert Roth.

Diese beiden Regelungen fördern einerseits alternative Finanzierungsformen und schaffen andererseits Rechtssicherheit für die Unternehmer.

### **50.000 Euro Beteiligungsfreibetrag einführen**

Ein Beteiligungsfreibetrag von 50.000 Euro wäre ein zusätzlicher Anreiz für Investoren. Dadurch kann kurzfristig die angespannte Finanzierungslage erleichtert werden. Die Regelung

ermöglicht es, Investitionen in Firmengründungen und Startups abzuschreiben.

„Die Junge Wirtschaft wird die Politik auch in der kommenden Legislaturperiode weiterhin in die Pflicht nehmen, die dringend notwendigen Reformen umzusetzen. Wir werden nicht locker lassen. Schließlich geht es um die Zukunft Österreichs und der späteren Generationen“, versichert Roth abschließend.

Rückfragehinweis:

Junge Wirtschaft  
Mag. Roman Vonderhaid  
Tel: +43 05 90 900-3737  
Mail: [roman.vonderhaid@wko.at](mailto:roman.vonderhaid@wko.at)